

Beschlussbuch

| | |
|--|----------|
| Herzlich Willkommen! Geflüchtete in München | Seite 01 |
| Kein Verkauf der Gesellschaftsanteile an der Flughafen München GmbH (FMG) durch die Landeshauptstadt München | Seite 09 |
| Krankenhausstrukturreform darf Versicherte und kommunale Krankenhäuser nicht belasten | Seite 10 |
| Dezentrale Gedenkformen für Opfer des Nationalsozialismus | Seite 11 |
| Platz für junge und urbane Kultur schaffen | Seite 12 |
| Leitungswasserkonsum fördern | Seite 13 |
| Glasfasernetz in kommunaler Hand in München flächendeckend bis 2020 ausbauen | Seite 14 |
| TTIP und CETA – Geheimhaltung der Verhandlungstexte endlich beenden | Seite 15 |
| Forderungen zu den möglichen Freihandelsabkommen TTIP und CETA | Seite 16 |
| Ehre, wem Ehre gebührt – Verleihung des Bundesverdienstkreuz und der Willy-Brandt-Medaille an Fritz Bauer | Seite 18 |
| Öffentlich und umweltfreundlich zum Tierpark | Seite 19 |

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion, Oberbürgermeister Dieter Reiter

2 3 **Herzlich willkommen!** 4 **Geflüchtete in München**

5
6 München wächst und das nicht erst seit gestern. Tausende Menschen ziehen in jedem
7 Jahr neu in unsere Stadt. Die Geflüchteten, die auf der Suche nach Schutz und einem
8 menschenwürdigen Leben nach München kommen sind nur ein Teil der Aufgabe, die
9 wir in einer wachsenden Stadt zu bewältigen haben. Wir wollen eine Stadt für alle
10 Menschen, die in ihr leben. Für uns ist klar: wir machen keinen Unterschied zwischen
11 den Menschen, die unserer Hilfe bedürfen. Wir werden nicht zulassen, dass
12 Bevölkerungsgruppen, die der Solidarität der Gesellschaft bedürfen, gegeneinander
13 ausgespielt werden. Unsere Antwort heißt: Mehr soziale Gerechtigkeit für Alle!

14
15 Das heißt für München die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu stärken, Schulen
16 und Kinderbetreuungseinrichtungen zu bauen, soziale und technische Infrastruktur zu
17 ertüchtigen - alles Themen, die auch schon jetzt auf der kommunalpolitischen Agenda
18 der nächsten Jahre stehen und jetzt noch intensiviert und beschleunigt vorangetrieben
19 werden müssen.

20
21 Es sind die Kommunen, die bei der organisatorischen Bewältigung der aktuellen
22 Situation die Hauptlast zu tragen haben. Wer die wegen zu geringer Einnahmen häufig
23 notorisch klammen, durch Schuldenbremse und verordnete Haushaltsdisziplin in ihrer
24 Handlungsfähigkeit eingeschränkten Gemeinden jetzt bei der Bewältigung der
25 anstehenden Aufgabe alleine lässt, der handelt fahrlässig und geht bewusst das Risiko
26 ein, dass ein Gefühl der Konkurrenz um Leistungen und Ressourcen entstehen kann.
27 Deshalb müssen die Kommunen mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden. Wir
28 brauchen eine bessere und verlässliche Finanzausstattung der Gemeinden, sowie die
29 Bereitstellung von Bundessondermitteln und Programmen, die direkt von den
30 Kommunen abgerufen werden können. Dafür wird sich die Stadt München - auch im
31 Rahmen des deutschen Städtetags - einsetzen.

32
33 Für uns als Stadt München muss es darum gehen, alle hier ankommenden
34 Geflüchteten von der ersten Minute an willkommen zu heißen, eine möglichst gute
35 Versorgung sicherzustellen und sie als Teil der Stadtgesellschaft aufzunehmen.

36 37 38 **A) Vor dem Asylverfahren**

39 40 **Vor der Registrierung**

41
42 Bereits vor der offiziellen Registrierung müssen Geflüchtete menschenwürdig
43 empfangen und betreut werden. Darunter verstehen wir, dass bereits vom ersten
44 Kontakt an schriftliche **Informationen** über den weiteren Verlauf der Ankunft und des
45 deutschen Asylverfahrens in den gängigen Sprachen verfügbar sein müssen. Die
46 Ankunft sollte mit Hilfe von Dolmetschenden begleitet werden, um mündlich zu
47 erklären, welchen Zweck die Registrierung hat und wie die nächsten Schritte verlaufen
48 werden. Wenn zusammengehörende Gruppen anreisen oder Geflüchtete bereits enge
49 Kontakte zu in Deutschland lebenden Menschen haben, muss darauf geachtet werden,
50 dass sie gemeinsam in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

51

1 Sollten bis zur Ankunft in der Erstaufnahmeeinrichtung längere **Warte- oder**
2 **Weiterreisezeiten** nötig werden, ist eine Ausstattung mit witterungsgeeigneter
3 Kleidung, Mahlzeiten und Getränken erforderlich. Zu diesem Zweck sollen möglichst
4 vor Ort geeignete Materiallager für den akuten Bedarf angelegt und Zuständigkeiten
5 für deren Ausgabe und einen eventuellen Ankauf zugeteilt werden.
6

7 Für Fälle von besonders zahlreichem Eintreffen von Geflüchteten, in denen
8 koordinierungsbedürftige Ereignisse oder der Katastrophenfall ausgerufen werden
9 müssen, soll für die Zukunft ein **Konzept zur schnellen und geordneten Einbindung von**
10 **Spontanhelfenden und zur Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur** erstellt
11 werden. Kleinen Kindern muss möglichst kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland die
12 Möglichkeit zum Besuch einer Kindertagesstätte gegeben werden. Für schulpflichtige
13 Kinder gilt die Schulpflicht uneingeschränkt. Nur so ist ein frühzeitiger Erwerb der
14 deutschen Sprache gewährleistet. Die Ausarbeitung eines solchen Konzeptes muss
15 zügig in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Institutionen des
16 Katastrophenschutzes und mit Hilfe der Expertise des Münchner Freiwilligenladens
17 erarbeitet werden und immer auch Formen der Selbstorganisation beinhalten. Sollte
18 für den Spontaneinsatz von freiwilligen Helfenden ein Führungszeugnis notwendig
19 sein, so müssen gemeinsam mit dem KVR Regelungen für eine schnellere und
20 kostenlose Antragstellung und -ausgabe getroffen werden.
21

22 **Die Münchner SPD setzt sich (weiter) ein für:**

- 23 • Schriftliche und mündliche Information in gängigen Sprachen über die nächsten
24 Schritte direkt nach der Ankunft
- 25 • Eben solche Informationen über die Werteordnung des Grundgesetzes
- 26 • Gemeinsame Unterbringung von Menschen mit Familien- und
27 Freundschaftsbindungen
- 28 • Versorgung mit Essen, Getränken und Kleidung bei langen Warte- oder
29 Weiterreisezeiten
- 30 • Erarbeitung eines Konzepts zur Einbindung von Spontanhelfenden und
31 Bereitstellung von erforderlicher Infrastruktur bei koordinierungswürdigen
32 Großereignissen
33

34 **Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkunft**

35
36 Die Münchner SPD sieht die Unterbringung von Geflüchteten in großteiligen
37 Erstaufnahme- und Gemeinschaftsunterkünften als nicht zielführend an. Die
38 Unterkünfte für geflüchtete Menschen müssen mittelfristig unseren eigenen
39 Ansprüchen an Privatsphäre und individuellem Sicherheitsempfinden entsprechen.
40 Jedoch erkennen wir an, dass zumindest in einem Übergangszeitraum eine
41 Unterbringung auch in Räumlichkeiten erfolgen muss, die nicht vollständig unseren
42 Ansprüchen genügen. Es ist daher Aufgabe den Aufenthalt in den Unterkünften so zu
43 gestalten, dass sowohl Betreuung, als auch Aufenthalt möglichst optimal ausgestaltet
44 werden.
45

46 Um auch in Gemeinschaftsunterkünften ein größtmögliches Maß an Privatsphäre zu
47 gewährleisten, sprechen wir uns für eine möglichst **kleinräumige Einteilung** der
48 Unterkünfte aus. Weiter soll die Unterbringung so organisiert sein, dass eine
49 **Zusammenführung** von Familien oder Verwandten in einer Unterkunft ermöglicht wird
50 und ausreichende sozialpädagogische, psychologische und medizinische Versorgung
51 gewährleistet wird. Es liegt auf der Hand, dass in kleineren Wohneinheiten Konflikte
52 besser moderiert werden können und es zu weniger Übergriffen kommt. Um

- 1 Kommunikation untereinander, aber auch mit Familien und Verwandten in den
2 Heimatländern sicherzustellen, den Zugang zu Übersetzungssoftware und Bildungs-,
3 Integrations- und Unterhaltungsmedien zu erleichtern, als auch die Interaktion mit
4 deutschen Verwaltungsbehörden zu ermöglichen, ist in jeder Unterkunft kostenfreies
5 **WLAN** einzurichten.
6
- 7 Gleichzeitig sind ausreichend Räumlichkeiten bereitzustellen, damit benötigte Service-
8 und Beratungsleistungen vor Ort sichergestellt werden können. Alle Geflüchteten
9 müssen unabhängig von Alter und Bleibechancen bereits von Anfang an die
10 Möglichkeit bekommen, **Sprach- und Alphabetisierungskurse** auf einem geeigneten
11 Niveau zu besuchen. Um besonders auch Frauen den Zugang zu Sprachkursen und
12 weiteren integrativen Maßnahmen zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen,
13 müssen gemeinsame Mutter-Kind-Kurse oder parallel zu den angebotenen Kursen
14 Kinderbetreuungsangebote stattfinden.
15
- 16 Grundsätzlich ist es wichtig, dass Geflüchteten witterungsgerechte **Kleidung** zur
17 Verfügung gestellt wird. Zwischen den Kleidersammelstellen und den in der Stadt
18 ansässigen Einrichtungen müssen direkte Kontakte hergestellt und eventuell ein
19 dauerhafter Fahrdienst eingerichtet werden, um Kleiderausgaben vor Ort möglichst
20 regelmäßig mit den benötigten Materialien auszustatten. Dies gilt besonders auch für
21 Einrichtungen der Jugendhilfe. Für alle Einrichtungen müssen dringend benötigte, aber
22 nicht durch Spenden sammelbare Kleidungsstücke - mindestens Socken und
23 Unterwäsche - in ausreichender Menge neu gekauft werden.
24
- 25 Neben der Ausstattung mit ausreichend Kleidung haben Geflüchtete ein Recht auf
26 **Mobilität**. Um sich in der Stadt frei zu bewegen, benötigen sie die Möglichkeit,
27 unkompliziert vergünstigte Einzelfahrkarten zu erwerben.
28
- 29 Über diese Unterstützungsleistungen hinaus lehnen wir eine Versorgung der
30 Geflüchteten durch **Sachleistungen** anstelle von finanziellen Hilfen ab. Wie bereits vom
31 Bundesverfassungsgericht festgestellt, haben Geflüchtete das Recht, sich selbst nach
32 ihren eigenen Bedürfnissen zu versorgen. Wir fordern die LHM dazu auf, auch
33 weiterhin komplett und konsequent auf Sachleistungen zu verzichten, selbst wenn die
34 Bayerische Staatsregierung und die Regierung von Oberbayern andere Vorgaben
35 treffen.
36
- 37 Auch medizinisch müssen Geflüchtete in den Unterkünften - nicht nur durch
38 ehrenamtliche Zusatzleistungen - ausführlich beraten und versorgt werden. Um dies
39 unbürokratisch zu ermöglichen, muss die Gesundheitskarte für Flüchtlinge auch in
40 Bayern eingeführt werden. Die medizinische Erstuntersuchung muss mit Hilfe von
41 Dolmetschenden möglichst früh durchgeführt werden und darf nicht aus
42 Kapazitätsgründen verkürzt oder verzögert werden. Zusätzlich muss durchgehend ein
43 möglichst direkter **Zugang zu ÄrztInnen** gewährleistet werden. Hierfür müssen
44 Ärztinnen und Ärzte stadtweit über die Möglichkeiten der Behandlung von
45 Geflüchteten aufgeklärt werden, zusätzlich sollen möglichst regelmäßige
46 Sprechstunden innerhalb der Einrichtungen angeboten werden. Zu achten ist dabei
47 besonders auch auf die psychischen Belastungen, die durch die Flucht ausgelöst
48 werden können. Der Kontakt zu PsychologInnen und PsychotherapeutInnen soll für
49 Betroffene schneller und unkomplizierter vermittelt werden.
50
- 51 Während der Unterbringung müssen die Geflüchteten gut betreut und beraten
52 werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein **höherer Personalschlüssel** in den
53 Einrichtungen notwendig. Da der Markt für pädagogische Fachkräfte angespannt ist,

1 soll es möglich sein, auch andere Berufsgruppen einzustellen, so lange BewerberInnen
2 ihre Eignung durch berufliche und ehrenamtliche Erfahrung nachweisen können.
3 Besonders bei verwaltungsspezifischen Aufgaben sollen pädagogische Fachkräfte in
4 den Einrichtungen zusätzlich von Personal mit entsprechendem Hintergrund entlastet
5 werden. Für sämtliches mit Geflüchteten in Kontakt tretendes Personal ist ein
6 vorheriges interkulturelles Training anzustreben, um eine Sensibilisierung für mögliche
7 kulturelle Unterschiede zu gewährleisten. Auch Sicherheitspersonal sollte Erfahrungen
8 in der interkulturellen Arbeit aufweisen und muss (auch in der aktuellen Situation)
9 entsprechende Führungszeugnisse vorweisen. Eine Entlastung und Aufstockung des
10 Personals soll auch ermöglichen, dass Geflüchteten bei Problemen niedrigschwellig
11 Kontakt zu **Beratungsstellen** vermittelt wird und konkreter auf ihre individuellen
12 Bedarfe eingegangen werden kann.

13
14 Derzeit haben Geflüchtete keine **politischen Mitsprachemöglichkeiten**, wir wollen, dass
15 Geflüchtete ihre Anliegen in Politik und Gesellschaft selbst einbringen können. Es
16 müssen daher niederschwellige Möglichkeiten für eine eigenständige Vertretung
17 geschaffen werden, an die Geflüchtete sich bei Problemen wenden können.
18 Geflüchtete sollen von Beginn an Zugang zu einer **unabhängigen Beschwerde- oder**
19 **Leitstelle** haben, an die sie sich mit Kritik und Fragen wenden können, die nicht konkret
20 mit dem Asylverfahren in Verbindung stehen - beispielsweise die Zustände oder die
21 Betreuungssituation in einer Einrichtung. Eine solche Stelle muss von der
22 Landeshauptstadt aufgebaut und mit den notwendigen personellen und finanziellen
23 Ressourcen ausgestattet werden, um direkten Kontakt zu den Geflüchteten
24 aufzubauen, im Konfliktfall Mediation zu übernehmen und auftretende Bedarfe zu
25 bearbeiten. Ferner ist ein niederschwelliger Kontakt zu unabhängiger Rechtsberatung
26 nicht nur personell, sondern auch vor Ort in Form von benötigten Räumlichkeiten zu
27 gewährleisten.

28
29 Um bestehende **Angebote besser zu bündeln** und zu koordinieren muss es eine dafür
30 zuständige Stelle, vorzugsweise im Sozialreferat, geben. Aufgabe dieser Stelle muss es
31 auch sein, Möglichkeiten des Engagements für Geflüchtete aufzuzeigen und Kontakte
32 zwischen Freiwilligenprojekten und interessierten Geflüchteten zu vermitteln. Die
33 enorme Hilfsbereitschaft der Münchner Bevölkerung muss wertgeschätzt werden und
34 darf nicht dazu führen, dass sich mangels eines Gesamtüberblicks Parallelstrukturen
35 bilden. Ehrenamtliche und hauptamtliche Helfende müssen bei Bedarf bei der
36 Bewältigung ihrer Erfahrungen in der Geflüchtetenhilfe unterstützt werden.
37 **Gesellschaftliche Integration** funktioniert aus unserer Sicht nur durch eine Anbindung
38 an die Stadtgesellschaft. Dafür sollen Initiativen gefördert werden, die eine stärkere
39 Anbindung der Geflüchteten an Sportvereine, kulturelle Einrichtungen oder
40 Nachbarschaftstreffs ermöglichen. Um eine ausgewogene soziale Mischung in den
41 Stadtbezirken sicherzustellen, sollen die Unterkünfte möglichst klein und dezentral im
42 gesamten Stadtgebiet verteilt sein sein.

43
44 Einigen Gruppen von Geflüchteten sind in besonderer Weise schutzbedürftig. Kinder
45 und Jugendliche fallen unter das Jugendschutzgesetz und genießen dadurch einen
46 besonderen Schutz. Doch auch **Frauen und LGBTI-Menschen** muss unsere besondere
47 Aufmerksamkeit gelten. Unterkünfte für diese Gruppen müssen schon heute unseren
48 Mindestanforderungen an Privatsphäre und persönlicher Sicherheit genügen. In
49 Großstädten wie der Landeshauptstadt München existieren große selbstorganisierte
50 Netzwerke in freier und kommunaler Trägerschaft die sich für die Belange von Frauen
51 und LGBTI-Menschen einsetzen. Solange die Infrastruktur für LGBTI-Menschen im
52 ländlichen Raum nicht ausreichend ausgebaut ist fordern wir eine prioritäre
53 Unterbringung von LGBTI-Geflüchteten in München und Städten mit ähnlicher

1 Infrastruktur. Wir fordern den Stadtrat dazu auf unter Einbeziehung der bekannten
2 Selbstvertretungsorganisationen der LGBTI-Szene und unter Einbeziehung
3 wissenschaftlicher Expertise zu prüfen, ob eigene Unterkünfte für LGBTI-Geflüchtete
4 notwendig sind, wie diese auszustatten sind und in welchem Umfang Plätze benötigt
5 werden. Außerdem müssen Geflüchtete darüber aufgeklärt werden, dass sie durch ein
6 eventuelles Outing keine Nachteile in diesem Land zu befürchten haben.

7

8 **Die Münchner SPD setzt sich (weiter) ein für:**

- 9 • Dezentrale Unterbringung in möglichst kleinen räumlichen Einheiten, dabei
10 Rücksicht auf besonders schutzbedürftige Gruppen
- 11 • Sprach- und Alphabetisierungskurse für alle Geflüchteten von Anfang an,
12 möglichst begleitet von Kinderbetreuungsangeboten
- 13 • Höhere Personalschlüssel und ausreichende medizinische Beratung und
14 Betreuung
- 15 • Versorgung mit geeigneter Kleidung, dazu Koordination von Einrichtungen und
16 Sammelstellen, sowie Ankauf von unsammelbaren Kleidungsstücken
- 17 • Ein Verzicht auf Sachleistungen statt finanzieller Unterstützung
- 18 • Offenes und kostenfreies WLAN in allen Einrichtungen
- 19 • Ausreichend Räumlichkeiten, um Betreuung der Geflüchteten und Interaktion
20 mit der Gesellschaft vor Ort zu ermöglichen
- 21 • Eine Koordinierungsstelle für Angebote für Geflüchtete, die gleichzeitig auch als
22 Ansprechpartner für Ehrenamtliche fungiert
- 23 • Politisches Mitspracherecht sowie eine Beschwerdestelle für nicht das
24 Asylverfahren betreffende Angelegenheiten vor Ort
- 25 • Spezielle Angebote für besonders schutzbedürftige Gruppen

26

27

28 **B) Nach dem Asylverfahren**

29

30 **Bezahlbares Wohnen**

31

32 In keiner anderen Stadt in Deutschland ist die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt so
33 angespannt und bezahlbarer Wohnraum so knapp wie in München. Dennoch hat es
34 München in den vergangenen Jahren wie kaum eine andere Kommune geschafft, trotz
35 des hohen Verdrängungsdrucks durch finanzkräftigen, ausbildungs- und
36 arbeitsbezogenen Zuzug eine kleinräumige soziale Mischung zu erhalten. Dennoch
37 wird sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren noch verschärfen.
38 Die etablierten **Instrumente zum Bestandsschutz** sind wichtig und richtig, können
39 künftig aber nur einen kleinen Beitrag zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum
40 leisten. Wo es noch möglich ist, müssen wir alle Optionen zur **Nachverdichtung** im
41 Bestand nutzen. Wir brauchen aber vor allem ein Mehr an Mietwohnungsneubau.
42 Insbesondere im geförderten Wohnungsbau reichen die Zielzahlen nicht aus, um ein
43 angemessenes Gegengewicht zum freifinanzierten Markt zu schaffen. Schon heute
44 können sich immer mehr Menschen auch in Arbeit keine Wohnung in München mehr
45 leisten. Geflüchtete haben häufig besonders große Probleme eine bezahlbare
46 Wohnung zu finden - zumindest bis sie in Arbeit sind. Hier muss ihnen die
47 Landeshauptstadt wie auch allen anderen unter die Arme greifen und sie dabei
48 unterstützen bis sie sich auf dem Münchner Wohnungsmarkt eigenständig versorgen
49 können. Die Landeshauptstadt muss sich auch in diesem Zusammenhang für
50 weitergehende staatliche Förderungsmöglichkeiten im **sozialen Wohnungsbau** stark
51 machen.

52

1 Integration in Arbeit und Ausbildung

2
3 Arbeit ist für die meisten Menschen wichtiger Bestandteil sozialer Inklusion, schafft
4 Möglichkeiten der Teilhabe an der Gesellschaft und ist Grundlage für ein
5 selbstbestimmtes Leben. Daher ist der Zugang zu Arbeit grade auch für Geflüchtete
6 von zentraler Bedeutung. Wir lehnen Ausnahmen vom gesetzlichen Mindestlohn für
7 Flüchtlinge ab. Die Not der geflüchteten Menschen darf keinesfalls für Lohndumping
8 missbraucht werden. Die Arbeitsagentur, die die zentrale Vermittlungsfunktion
9 übernimmt, muss mit der entsprechenden personellen Ausstattung versehen werden,
10 um mit den zusätzlichen Aufgaben fertig zu werden. Wichtig ist es insbesondere
11 Jugendlichen einen schnellen Zugang zu beruflicher Ausbildung und weiterführender
12 Bildung zu ermöglichen. Die im vergangenen Jahr auch in München eingeführten
13 **Jugendberufsagenturen** müssen personell und fachlich in die Lage versetzt werden
14 dem besonderen Beratungs- und Informationsbedarf geflüchteter Jugendlicher gerecht
15 zu werden. Sie soll in enger Kooperation mit Arbeitgebern Geflüchtete in Arbeit
16 vermitteln.

17
18 Auch die **Landeshauptstadt als Arbeitgeberin** ist gefragt zur schnellen Integration der
19 Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung beizutragen. Wir fordern die LHM daher auf,
20 gezielt auch Geflüchtete in Arbeitsstellen in Hoheitsverwaltung und
21 Beteiligungsgesellschaften zu vermitteln. Eine erste Möglichkeit kann es sein,
22 Geflüchtete im Rahmen von Tätigkeiten bei der Betreuung von neu ankommenden
23 Geflüchteten zu beschäftigen und so ihre Sprachkenntnisse und ihre kulturelle
24 Kompetenz zu nutzen. Die Stadtwerke München sollen im Rahmen des regulären
25 Ausbildungsangebots aber auch im Zuge einer Ausweitung des erfolgreichen
26 "Stadtwerkeprojekts" gezielt Angebote für die Ausbildung von geflüchteten
27 Jugendlichen schaffen und ihnen damit eine langfristige berufliche Perspektive in
28 München eröffnen. Begleitet werden sollen die Ausbildungsangebote durch
29 Sprachkurse und weiterführende Angebote der Berufsqualifizierung.

30 31 Die Münchner SPD setzt sich (weiter) ein für:

- 32 • Die konsequente Nutzung der wohnungsmarktpolitischen Instrumente zur
- 33 Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Bestand
- 34 • Weitere Nachverdichtung
- 35 • Die Erhöhung der Zielzahlen im geförderten Wohnungsbau – möglichst mit
- 36 staatlicher Förderung
- 37 • Unterstützungsangebote zur Integration in Arbeit und Ausbildung,
- 38 insbesondere bei der LHM und den Tochtergesellschaften

40 41 C) Unbegleitete minderjährige Geflüchtete

42
43 Kinder und Jugendliche genießen in unserer Gesellschaft einen besonderen Schutz, das
44 ist richtig und muss sich auch auf geflüchtete Minderjährige beziehen. Eine besondere
45 Herausforderung ist die rücksichtsvolle und unabhängige Durchführung der
46 **Altersfeststellung**, die dazu führt ob und wie lange der/die Geflüchtete in der
47 Jugendhilfe verweilt. Die Durchführung und Methodik der Altersfeststellung sollte
48 regelmäßig überprüft werden. Unsere Devise lautet: Im Zweifel für die Kinder!
49 Nach Vollendung der Volljährigkeit muss für diese jungen Menschen geeigneter
50 Wohnraum und Begleitung ins Arbeitsleben gewährleistet werden.

51

1 Für unbegleitete minderjährige Geflüchtete ist die Einbindung in die Münchner
2 Stadtgesellschaft von besonders großer Bedeutung. **Schulen und Sportvereine** müssen
3 in besonderer Weise den Anforderungen der Interkulturalität Rechnung tragen und bei
4 ihren Bemühungen zur Inklusion unterstützt werden. Die LHM übernimmt die Kosten
5 für Mitgliedschaften geflüchteter Minderjähriger bei Sportvereinen, die den
6 Ansprüchen an Interkulturalität genügen. In Zusammenarbeit mit den
7 Bezirksausschüsse sollen Listen mit geeigneten Sportvereinen erarbeitet werden. Die
8 städtischen Schulen sollen Übergangsklassen nach Bedarf schaffen. Wichtig ist, dass
9 das Eintrittsalter wieder auf 16 Jahre angehoben wird, da derzeit nur 15-jährige
10 Geflüchtete Übergangsklassen besuchen können.

11

12 **Die Münchner SPD setzt sich (weiter) ein für:**

- 13 • Eine rücksichtsvolle Altersfeststellung, die im Zweifel zugunsten des Kindes
14 entschieden wird
- 15 • Unterstützungsangebote zur Integration von Jugendlichen in die
16 Stadtgesellschaft, insbesondere mit Hilfe von Vereinen
- 17 • Übergangsklassen in ausreichender Anzahl, auch für 16-Jährige

18

19 X Angenommen

20 O Abgelehnt

21 O Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion, Oberbürgermeister Dieter Reiter

2

3 **Kein Verkauf der Gesellschaftsanteile an der Flughafen München** 4 **GmbH (FMG) durch die Landeshauptstadt München**

5

6 Vorbemerkung:

7 Die Landeshauptstadt München hält als Gesellschafterin an der Flughafen München
8 GmbH (FMG) einen Anteil von 23%. Weitere Gesellschafter an der FMG sind der
9 Freistaat Bayern mit 51% und die Bundesrepublik Deutschland mit 26%.

10

11 Antrag:

12 Der Oberbürgermeister und die sozialdemokratische Münchner Stadtratsfraktion
13 werden aufgefordert, einem Verkauf einzelner Anteile oder des gesamten städtischen
14 Gesellschaftsanteils an der Flughafen München GmbH auch weiterhin nicht
15 zuzustimmen.

16

17 Begründung:

18 Durch den Gesellschafterstatus hat die Landeshauptstadt München in der
19 Gesellschafterversammlung der FMG bislang die Möglichkeit, den Bau einer dritten
20 Start- und Landebahn zu verhindern und damit dem Willen der Münchner Bürgerinnen
21 und Bürger Rechnung zu tragen.

22

23 Sollte jedoch eine Veräußerung der Gesellschaftsanteile durch die Landeshauptstadt
24 München erfolgen, wäre diese Einflussnahme künftig nicht mehr gegeben.
25 Es gilt nun, auch im Zuge von Diskussionen über „haushalterische Schwierigkeiten“ der
26 Landeshauptstadt München möglichen Bestrebungen des Verkaufs von städtischen
27 Anteilen an der Flughafen München GmbH von vornherein eine Absage zu erteilen.

28

29 Angenommen

30 Abgelehnt

31 Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Gesamtvorstand

2

3 **Krankenhausstrukturreform darf Versicherte und kommunale**
4 **Krankenhäuser nicht belasten**

5

6 Unsere Bundestagsabgeordneten, Claudia Tausend und Florian Post, berichten zeitnah
7 auf einer Sitzung des Parteirates über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur
8 Krankenhausstrukturreform.

9

10 Durch das von Bundesminister Gröhe eingebrachte Reformvorhaben darf es keinesfalls
11 zu einer Verschlechterung der Finanzierung kommunaler Krankenhäuser oder zu einer
12 weiteren Belastung für die Versicherten kommen.

13

14 Angenommen

15 Abgelehnt

16 Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion
2

3 **Dezentrale Gedenkformen für Opfer des Nationalsozialismus**

4

5 Die SPD Stadtratsfraktion möge Antworten auf folgende Fragen geben:
6

- 7 1. Es gibt ca. 300 bereits vorhandene Stolpersteine für Münchner Opfer der
8 Nationalsozialistischen Diktatur. Diese könnten sofort verlegt werden, um der
9 Opfer München zu gedenken, lagern derzeit jedoch in einem Keller. Wie geht die
10 Stadt mit diesen Stolpersteinen um? (Viele der vorhandenen Stolpersteine ist
11 auf Wunsch von Angehörigen angefertigt worden.)
- 12 2. Gibt es bereits Wandtafeln, die an Häusern angebracht werden sollen? Wie viele
13 und wie ist der Stand der Dinge?
- 14 3. Gibt es bereits Stelen, die vor Häusern angebracht werden sollen? Wie viele und
15 wie ist der Stand der Dinge?
- 16 4. Gibt es bereits Angehörige bzw. Interessenten, um Wandtafeln oder Stelen zu
17 errichten und wie viele?

18 Begründung:

19 Unser Parteirat hatte sich am 13. Mai 2015 dafür ausgesprochen, dass Stolpersteine als
20 zusätzliche Gedenkform ermöglicht werden. Der Stadtrat hat jedoch beschlossen, dass
21 Stolpersteine in München nicht verlegt werden dürfen. Stattdessen sind ausschließlich
22 Wandtafeln an Häusern zugelassen oder alternativ Stelen auf öffentlichem Grund.
23

24 Für die bereits vorhandenen eingelagerten ca. 300 Stolpersteine ist keine Lösung
25 aufgezeigt worden. Viele dieser Stolpersteine sind auf Wunsch von Angehörigen
26 angefertigt worden.
27

28 Es gab und gibt bei Befürwortern der Stolpersteine die Sorge, dass Wandtafeln und
29 Stelen keine Verbreitung finden. Sie seien zu kompliziert zu realisieren (Lange
30 Verfahrensdauer wegen Verhandlungen mit Hauseigentümern, Verwaltungsbehörden,
31 etc.). Damit würden Wandtafeln und Stelen letztlich auch das Ziel der Münchner SPD
32 verfehlen, ein breites dezentrales Gedenken an die Opfer herzustellen.
33

34 Die Befürworter der Stolpersteine stellen fest, dass dezentrales Gedenken mit
35 Stolpersteinen in anderen Städten Deutschlands und Europas funktioniert. Sie
36 wünschen sich deshalb nach wie vor auch in München Stolpersteine, um auf wirksame
37 Art dezentral an die Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.
38

39 X Angenommen

40 O Abgelehnt

41 O Verwiesen an: _____
42

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion, OB Dieter Reiter

2

3 **Platz für junge und urbane Kultur schaffen**

4

5 Die Landeshauptstadt München wird dafür Sorge tragen, dass auf dem ganzen
6 Stadtgebiet Wände für das legale Spraysen zur Verfügung gestellt werden. Sinnvolle
7 Standorte und deren Ausgestaltung sollen in Zusammenarbeit mit den lokalen
8 Bezirksausschüssen eruiert werden. Die Bezirksausschüsse sollen von Seiten der
9 Stadtverwaltung ermutigt werden, entsprechende Projekte zu unterstützen.

10

11 Neben der Bereitstellung von „legalen Wänden“ mangelt es auch an expliziten
12 Übungsflächen, die im Rahmen einer offen begleiteten Nutzung für Jugendliche
13 eingerichtet werden und auf denen Talente gezielt gefördert werden können. Hier
14 müssen geeignete Flächen identifiziert und ein Begleitkonzept entwickelt werden. Wir
15 fordern die Konzeption von mobilen Wänden, die leicht versetzbar und stabil sind und
16 mit deren Hilfe im Rahmen der kulturellen Nutzung des öffentlichen Raumes
17 dezentrale temporäre Übungs- bzw. Aktionsflächen für GraffitikünstlerInnen und
18 StreetArtists auf öffentlichen Plätzen oder Grünanlagen in der ganzen Stadt geschaffen
19 werden können. Nach der Sommertour durch den öffentlichen Raum sollen diese
20 jeweils in einer temporären „Hall of Fame“ oder Jahresausstellung präsentiert werden.
21 Ebenso ist eine Winternutzung in zwischengenutzten Hallen oder anderen
22 überdachten Flächen vorstellbar.

23

24 Begründung:

25 In München ist die Anzahl der legal besprühbaren Wände deutlich zurückgegangen.
26 Zur Förderung der kulturellen Vielfalt in unserer Stadt muss dieser Trend umgedreht
27 werden. Dabei muss der nicht-kommerzielle Charakter bei der Förderung dieser
28 künstlerischen Ausdrucksform im besonderen Maße sichergestellt sein. Eine sinnvolle
29 Standortsuche kann nur zusammen mit den ortskundigen Bezirksausschüssen von
30 Statten gehen. Street Art im öffentlichen Raum muss in München gefördert werden.
31 Derzeit gibt es kaum noch legal nutzbare Wände für Graffiti und Street Art in der Stadt.
32 Wir fordern daher die Identifizierung von ungenutzten Flächen und Wänden im
33 öffentlichen Raum, die für eine selbstverwaltete Nutzung mit StreetArt freigegebenen
34 werden können. Es gibt genügend Wände in Unterführungen oder anderen
35 öffentlichen Orten, die durch die kulturelle Nutzung aufgewertet werden würden. So
36 wird der öffentliche Raum zur Galerie für Jugendkultur und Kunst.

37

38 Angenommen

39

39 Abgelehnt

40

40 Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Leitungswasserkonsum fördern**

4

5 Der Konsum von Leitungswasser in München soll beworben und gefördert werden. Das
6 Münchner Leitungswasser ist ein Paradebeispiel dafür, dass ein Produkt nicht besser
7 wird, wenn man möglichst viel Arbeit in es steckt und dass ein allgemeinzugängliches
8 Gut um ein vielfaches günstiger und dennoch qualitativ besser sein kann, als das
9 kommerzielle Pendant. Das Münchner Wasser ist weiter beispielhaft für die enormen
10 Vorteile einer guten öffentlichen Infrastruktur, dass diese auch weiterhin in
11 öffentlicher Hand bleiben muss, ist für uns selbstverständlich.

12

13 Eine stärkere Präsenz von Konsummöglichkeiten des Münchner Wassers im täglichen
14 Leben ist daher wünschenswert. In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken sollen
15 möglichst flächendeckend Wasserbars in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden
16 angeboten werden. Im öffentlichen Raum fordern wir deutlich gekennzeichnete
17 Trinkwasserfontänen an stark frequentierten Orten, insbesondere an öffentlichen
18 Sportplätzen und -pfaden.

19

20 Angenommen

21 Abgelehnt

22 Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Glasfasernetz in kommunaler Hand in München flächendeckend** 4 **bis 2020 ausbauen**

5

6 Der Stadtrat möge prüfen, inwieweit er die Stadtwerke München (SWM) bzw. das
7 Tochterunternehmen M-Net finanziell darin unterstützen kann bis 2020
8 flächendeckend in ganz München Glasfaseranschlüsse (FTTB – Glasfaser bis ins
9 Gebäude) für alle Haushalte und Unternehmen mit einer Mindestbandbreite von 100
10 Megabit zur Verfügung zu stellen.

11

12 Begründung:

13 (1) Kommunale Daseinsvorsorge bedeutet die Bereitstellung wichtiger Infrastruktur
14 für alle Bürger zu bezahlbaren Preisen. Hier gilt es ein klares Zeichen zu setzen:
15 Breitband- Internet müssen wir als öffentliches Gut begreifen, dass zur
16 kommunalen Daseinsvorsorge gehört. In Schweden, dem Land mit der höchsten
17 Breitbandversorgungsquote, wird das Glasfasernetz zum Beispiel vor allem von
18 kommunalen Versorgern ausgebaut. Denn eine Investition, die sich nur
19 langfristig rechnen kann passt meistens nicht zu börsennotierten
20 Privatunternehmen die nur auf den nächsten Quartalsbericht schielen.

21

22 (2) Technische Alternativen wie V-DSL oder Internet über Kabel, wie sie von der
23 Privatwirtschaft angeboten werden sind keine Alternativen zu einem
24 zukunftsfähigen Glasfasernetz.

25

26 (3) Gerade viele mittelständische Betriebe machen Münchens Wirtschaft
27 krisensicher und sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Sie profitieren besonders
28 von einem bezahlbaren, schnellen und zukunftssicheren Anschluss an das Netz.
29 So rechnet sich ein schneller Breitbandausbau für die Landeshauptstadt doppelt.

30

31 Angenommen

32 Abgelehnt

33 Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion,
2 Bundeswirtschaftsminister und die
3 Bundestagsabgeordneten der Münchner SPD z.K.
4

5 **TTIP und CETA – Geheimhaltung der Verhandlungstexte endlich** 6 **beenden** 7

8 Die Münchner SPD fordert nachdrücklich, endlich für die vielfach zugesicherte
9 Transparenz der TTIP- und CETA-Verhandlungen zu sorgen. Dazu gehört die
10 uneingeschränkte Einsicht der Abgeordneten in die einschlägigen Dokumente in einem
11 Leseraum, der nicht Reglement der USA unterliegt. Dazu gehört weiter, die diese
12 Dokumente in lesbarer Form vorzulegen, also in deutscher Sprache und nicht in einem
13 Englisch, das nur Wirtschaftsjuristen entschlüsseln können.
14

15 Begründung:

16 Nach dem Bericht der SZ vom 10./11.10.2015, S. 7, (Internet
17 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ttip-draussen-bleiben-1.2685240>) dürfen
18 Abgeordnete nach wie vor nicht die konsolidierten Verhandlungstexte einsehen. In der
19 US-Botschaft in Berlin wurde ein Leseraum eingerichtet, zu dem lediglich 139 vom
20 Wirtschaftsministerium gemeldete Beamte Zutritt haben.
21

22 Die Geheimhaltung wird auch damit begründet, dass die Gegenseite keinen Einblick in
23 die Verhandlungspositionen der EU bekommen solle. Daher ist es grotesk, dass EU-
24 Bürger in die US-Botschaft gehen sollen und nicht in eine Einrichtung der EU.
25

26 Völlig inakzeptabel aber ist, dass den Mitgliedern der Legislative, die schließlich das
27 alleinige Entscheidungsrecht hat, von der Regierung die volle Information verweigert
28 wird. Die Abgeordnete müssen die Möglichkeit einer zeitnahen Unterrichtung in
29 verständlicher Sprache erhalten. Dies ist nicht nur die Voraussetzung für eine gründlich
30 vorbereitete Entscheidung am Ende der Verhandlungen, sondern auch unverzichtbare
31 Grundlage für die Abgeordneten, um vor der Entscheidung die Öffentlichkeit in die
32 Abwägung mit einzubeziehen.
33

34 X Angenommen

35 O Abgelehnt

36 O Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion,
2 Bundeswirtschaftsminister und die
3 Bundestagsabgeordneten der Münchner SPD z.K.
4

5 **Forderungen zu den möglichen Freihandelsabkommen** 6 **TTIP und CETA**

7
8 Die SPD begrüßt die Fortschritte in der öffentlichen Diskussion, die durch die
9 Resolution des Europäischen Parlaments vom Juli 2015 und durch den Vorschlag des
10 Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel zu einem internationalen
11 Schiedsgerichtshof erzielt wurden. Die Stellungnahme der Grundwertekommission
12 wird ebenfalls begrüßt.
13

14 Die politische Debatte über CETA und TTIP hat zu einer Schärfung des Bewusstseins
15 über die Bedeutung der Weltwirtschaft für Europa geführt und die Chancen und
16 Risiken, die mit entsprechenden Handels- und Investitionsverträgen verbunden sind,
17 offen gelegt.
18

19 Die SPD lehnt die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA ohne Wenn und
20 Aber ab, wenn nicht die nachfolgenden Forderungen vollständig umgesetzt sind.
21

22 **Schiedsgerichtsverfahren**

23 Schiedsgerichte dürfen nur entscheiden

- 24 - im Rahmen der Gleichbehandlung in- und ausländischer Investoren
 - 25 - in öffentlich bestellter Zusammensetzung
 - 26 - im Rahmen der Entscheidungsbefugnisse und -möglichkeiten nationaler Gerichte
 - 27 - sofern nicht bereits ein Urteil eines öffentlichen Gerichtes in dieser Sache
28 ergangen ist
- 29

30 Es ist auszuschließen, dass durch Formulierungen wie „gerechte und billige
31 Behandlung“ von Investoren rechtliche Grauzonen entstehen. Gewinnerwartungen
32 sind nicht Bestandteil des Investitionsschutzes.
33

34 **Regularische Kooperation / Right to regulate – Keine Einschränkung der Parlamente**

35 Die Regelungsbefugnisse aller demokratisch legitimierten Gremien, auf allen Ebenen in
36 der EU und in den USA, dürfen nicht eingeschränkt werden, auch nicht mit der
37 Begründung eventueller Handelshindernisse.

38 Ein Regularischer Rat, der ohne demokratische Legitimation rechtlich verbindliche
39 Normen setzen kann, wird abgelehnt. Die Angleichung technischer Standards wird
40 begrüßt.
41

42 **Positivliste statt Negativliste**

43 Die Abkommen dürfen sich nur auf genau definierte Bereiche beziehen (Positivliste),
44 damit eine Ausweitung auf nicht gewünschte Bereiche (z.B. Kultur, Bildung,
45 Daseinsvorsorge) ausgeschlossen bleibt.
46

47 **Kein Verbot von Re-Kommunalisierung**

48 In den Verträgen dürfen keine Klauseln enthalten sein, die eine Übernahme von
49 Leistungen in öffentliche Verantwortung verhindern.
50

51 **ILO**

52 Die Einhaltung der ILO-Normen muss gewährleistet sein.

- 1 **Keine Abschottung gegenüber anderen Ländern**
2 Das Abkommen muss offen sein für weitere Länder und darf andere Länder nicht
3 benachteiligen.
4
5 **Kündigungsklausel**
6 Eine Kündigung der Abkommen muss möglich sein. Eine Vertragsrevision ist nach 10
7 Jahren durchzuführen, wie es in anderen internationalen Abkommen möglich ist.
8
9
10 Handelspolitik sollte auf der Achtung von Menschenrechten, Souveränität und
11 Demokratie beruhen und auf hohe soziale und ökologische Standards ausgerichtet
12 sein.
13
14 Angenommen
15 Abgelehnt
16 Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion

2
3 **Ehre, wem Ehre gebührt – Verleihung des Bundesverdienstkreuz**
4 **und der Willy-Brandt-Medaille an Fritz Bauer**

5
6 Die SPD setzt sich umgehend für die posthume Verleihung des Bundesverdienstkreuz
7 an Fritz Bauer für seine Verdienste um die Aufarbeitung des nationalsozialistischen
8 Unrechts ein. Weiter wird Fritz Bauer, überzeugter Sozialdemokrat, mit der Willy-
9 Brandt-Medaille für sein Lebenswerk geehrt.

10
11 Begründung:

12 Als hessischer Generalstaatsanwalt und überzeugter Sozialdemokrat war Fritz Bauer
13 einer der ganz wenigen, der im vom Vergessen und Verdrängen geprägten
14 Nachkriegsdeutschland unter widrigsten Umständen und persönlichen Anfeindungen
15 die juristische Aufarbeitung des Nationalsozialismus betrieb: „Wenn ich mein
16 Amtszimmer verlasse, betrete ich feindliches Ausland“, so Bauer.

17 Ganz besonders zeichnet Fritz Bauer aus, dass er 1963 die Auschwitz-Prozesse in
18 Frankfurt an-strengte – das erste Mal nach Kriegsende wurden dort SS-Männer vor
19 einem deutschen Gericht für ihre Beteiligung an dem entsetzlichen Massenmord der
20 Geschichte zur Rechenschaft gezogen – und der auf Vergessen gepolten Öffentlichkeit
21 die ganze Ungeheuerlichkeit von Auschwitz vor Augen geführt. Dies markierte das
22 Ende des bleiernen Schweigens in der Bundesrepublik.

23 Doch bereits 1952 erwirkte Bauer die Verurteilung des Ex-Generalmajors Otto Ernst
24 Remer, der die Attentäter des 20. Julis mehrfach als „Hochverräter“ verunglimpft hatte.
25 Außerdem gab Fritz Bauer - nachdem alle Versuche sabotiert worden waren, Adolf
26 Eichmann in Deutschland vor Gericht zu bringen - dem Mossad den entscheidenden
27 Hinweis auf seinen Aufenthaltsort.

28 Fritz Bauer war nicht nur die absolute Ausnahmeerscheinung in einer von Alt-Nazis
29 gespickten deutschen Nachkriegsjustiz, er war Sozialdemokrat mit jüdischen Wurzeln,
30 der sich bereits Anfang der 1930er als jüngster Amtsrichter Deutschlands und einziger
31 mit SPD-Parteibuch etwa für eine Reform des Jugendstrafrechts engagierte. Für seine
32 Überzeugungen wurde er prompt nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ins
33 KZ verschleppt. Nach seiner Rückkehr aus dem erzwungen Exil in Schweden kämpfte
34 Bauer mit großem persönlichen Einsatz für Gerechtigkeit und wider das Vergessen. Bis
35 heute ist Fritz Bauer die höchste staatliche Auszeichnung, das Bundesverdienstkreuz,
36 verwehrt geblieben – eine Würdigung, die aber problemlos schillernden Charakteren
37 wie Sepp Blatter zuteil wurde. Dieses Versäumnis gilt es aufzuholen. Zudem gilt es,
38 einen engagierten Genossen als das zu würdigen, was er war: Einer der Großen der
39 Sozialdemokratie.

40
41 X Angenommen

42 O Abgelehnt

43 O Verwiesen an: _____

1 Adressat(innen): SPD-Stadtratsfraktion

2

3 **Öffentlich und umweltfreundlich zum Tierpark**

4

5 Die SPD-Stadtratsfraktion wird aufgefordert, eine Verbesserung der Anbindung des
6 Münchner Tierparks mit öffentlichen Verkehrsmitteln zeitnah und vertieft untersuchen
7 zu lassen.

8

9 Dabei soll vor allem auch auf die die nachstehenden Fragen eingegangen werden:

- 10 • welche Effekte hätte ein Kombiticket Tierpark-MVG auf die Wahl der
11 Verkehrsmittel durch die BesucherInnen des Tierparks?
- 12 • welche Kosten entstünden dem Tierpark durch ein Kombiticket mittel- und
13 langfristig im Vergleich zu den Kosten für Bau und Unterhalt eines Parkhauses?
- 14 • wie können die 4.300 Park & Ride-Plätze an der U-Bahn-Linie U3 und U6 stärker
15 für die Tierparkbesucher genutzt und in das öffentliche Bewußtsein gebracht
16 werden?
- 17 • welche Auswirkungen sind von einem Regionalzughalt Poccistraße mit direkter
18 Anbindung an U-Bahnlinie U3 auf die Verkehrsmittelwahl durch die
19 BesucherInnen aus dem Südosten Münchens zu erwarten?
- 20 • wie kann die Kapazität der stark genutzten, offensichtlich also sehr attraktiven,
21 Buslinie 52 vom Marienplatz über die Au zum Tierpark ausgebaut werden?
- 22 • welche weiteren Möglichkeiten gibt es die Anreise mit öffentlichen
23 Verkehrsmitteln zu verbessern, wie zum Beispiel die Öffnung des alten "Kamel-
24 Eingangs" für die NutzerInnen der Trambahnlinie 25 nach Grünwald oder das
25 Splitting der Metrobuslinie 58 an Sonntagen (abwechselnd ein Bus vom
26 Hauptbahnhof zum Tierpark und zur Silberhornstraße)?

27

28 Begründung:

29 Die Parkplatzsituation am Tierpark Hellabrunn ist vor allem an bestimmten
30 Spitzentagen im Frühjahr und Sommer schwierig. Ein Problem sind die BesucherInnen,
31 die mit dem Auto anreisen und der durch sie verursachte Parksuchverkehr. Eine Studie
32 im Auftrag des Tierpark hat zwar vor kurzem untersucht, wie die BesucherInnen
33 anreisen und welche Spitzentage es gibt, aber sich nicht ausreichend mit einer
34 Verbesserung der öffentlichen Anbindung und der Steigerung der Attraktivität der
35 öffentlichen Anreise auseinandergesetzt.

36

37 Die Münchner SPD hat ihren Schwerpunkt in der Verkehrspolitik, zuletzt auf ihrem
38 verkehrspolitischen Parteitag 2015, aber aus gutem Grund auf den öffentlichen Verkehr
39 bzw. den Umweltverbund gelegt. Öffentlicher Verkehr ist sozial, inklusiv und
40 umweltfreundlich. Eine Stärkung des Umweltverbundes hilft die zu hohen Emissionen
41 von Feinstaub und Stickoxyden und die Lärmbelastung für die Münchnerinnen und
42 Münchner zu verringern.

43

44 Deswegen ist eine vertiefte und umfassende Untersuchung der Potentiale für die
45 öffentliche Anreise zum Tierpark sinnvoll und überfällig. Der Tierpark möchte nach
46 aktuellen Medienberichten trotz hoher Kosten weiterhin ein Parkhaus möglichst bald
47 realisieren. Deshalb ist die genannte Untersuchung der Alternativen dringlich und
48 muss zeitnah erstellt werden.

49

50 X Angenommen

51 O Abgelehnt

52 O Verwiesen an: _____